

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 4.

Paderborn, 9. Januar

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt wolle man möglichst bald machen (Auswärtige bei der nächstgelegenen Postanstalt), damit die Zusendung frühzeitig erfolgen kann.

Bekanntmachungen.

Nach dem interimistischen Wahl-Gesetze für die erste Kammer sind diejenigen Preußen stimmberechtigte Urwähler, welche 30 Jahre alt sind, und entweder eine jährliche Klassensteuer von mindestens 8 Thalern zahlen, oder ein reines jährliches Einkommen von 500 Thalern, oder einen Grundbesitz im Werthe von mindestens 5000 Thlr. nachweisen.

Diesenigen hiesigen Einwohner, welche nicht jenen Klassensteuerbetrag zahlen, sich jedoch vermöge des gedachten Einkommens oder Grundbesitzes für wahlberechtigt halten, werden daher aufgefordert, den desfallsigen Nachweis binnen 8 Tagen glaubhaft bei uns zu führen, indem nach Ablauf dieser Frist auf Reklamation zur Eintragung in die Urwähler-Liste keine weitere Rücksicht genommen werden kann.

Paderborn, den 5. Januar 1849.

Der Magistrat
Brandis.

Nach Vorschrift des Wahl-Reglements vom 8. v. Mts. ist das namentliche Verzeichniß der für die zweite Kammer stimmberechtigten Wähler der Stadt Paderborn zu Jedermanns Einsicht in dem Sekretariat des hiesigen Magistrats ausgelegt.

Wer sich darin übergangen glaubt, hat seine Einwendungen binnen 3 Tagen nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung bei uns anzugeben und zu bescheinigen, indem auf später erfolgende Meldungen keine Rücksicht mehr genommen werden kann.

Paderborn, den 7. Januar 1849.

Der Magistrat
Brandis.

Webersticht.

Constitutioneller Bürgerverein.

Deutschland. Berlin (Deputation beim König; Fürstbischof Diepshof); Frankfurt (Nationalversammlung; Neujahrs-Gratulation beim Reichsverweser); Halle (Cholera); Paderborn (Gesetze über die Gerichtsbarkeit).

Italien. Protest des Papstes.

England. (Wohltätigkeit der Königin; Deutschland und Dänemark; Auswanderungen).

Amerika. (Die Goldminen Californiens; die Repräsentantenkammer).

Ueber Aufhebung der bauerlichen Erbfolge i. Westf. (Schluß)

Ver mis ch tes.

Constitutioneller Bürgerverein.

Preußen war bis zum März dieses Jahres eine unumschränkte Monarchie. Der König regierte allein, und gab allein Gesetze nach dem Rathe seiner nur ihm allein verantwortlichen Minister. Das Volk hatte dabei kein entscheidendes Wort mitzureden, und darum kamen mitunter Gesetze in die Welt, die dem Volke gar

nicht gefielen. Seit Jahren verlangte dasselbe deshalb eine Verfassung welche ihm schwarz auf weiß das Recht zusicherte, die Gesetze mitzubeschließen, denen es gehorchen sollte. Dies Recht wurde ihm zu verschiedenen Malen abgeschlagen, bis im März dieses Jahres der Wille des ganzen Volks so unzweideutig sich aussprach, daß es an einigen Orten zum Kampfe kam. Da sah der König, daß es mit dem alten Regimente nichts sei, daß das Beste der Krone und des Landes es erfordere, die Gesetze nicht mehr von oben herunter vorzuschreiben, sondern mit den Vertretern des Volks zu beschließen, und versprach am 21. März 1848 eine constitutionelle Verfassung mit wahrer Volksvertretung und Verantwortlichkeit der Minister. Mit dem Versprechen war das Volk zufrieden und damit die Revolution zu Ende.

Eine Constitution muß aber mehr enthalten, als das allgemeine Versprechen, an der Abfassung der Gesetze Theil zu nehmen. Sie soll eine Urkunde sein, welche genau die Rechte angiebt, die der König gegen das Volk, und das Volk gegen den König hat und auf welche Weise beide bei der Gesetzgebung und Regierung des Landes mitwirken sollen. Wie sollte man damit zu Stande kommen? hätte der König sie von vornherein gegeben, so wäre das Volk damit nicht zufrieden gewesen. Sollte der König zum Volke sagen: Mach Du eine Constitution, ich will dann mit derselben zufrieden sein?

Das wäre wieder verkehrt gewesen, und hätte für die Dauer nicht geholfen. Denn wenn dem Könige die Rechte nicht gewährt wären, die demselben in andern constitutionellen Staaten zukommen, so würde er mit der Verfassung nicht zufrieden gewesen sein. Der einzige Weg war also der, daß der König durch seine Minister, und das Volk durch seine Vertreter die Rechte aufstellte, die jeder verlangte, daß beide zusammen überlegten, welche Rechte jedem zum Heile des Landes zu geben seien, und daß sie sich hierüber einigten. Diese Vereinbarung wurde versucht, sie mißlang aber, weil die dazu berufene Versammlung über ihr Recht hinausging. Sie beschloß, der König sollte sich nicht mehr „von Gottes Gnaden“ nennen. Hängt denn davon das Recht des Volks, und das Wohl und Wehe des Landes ab? War also der Beschluß auf etwas mehr, als eine nutzlose Kränkung des Königs berechnet?

Sie maßte sich an, den Ministern vorzuschreiben, wie sie regieren sollten. Das kam ihr nicht zu. Sie maßte sich an, dem Könige vorzuschreiben, welche Minister er wählen sollte. Das kam ihr wieder nicht zu. Sie war nicht gerecht gegen ihre eigenen Mitglieder, welche Schutz für ihre Person verlangten gegen die Angriffe eines gefesselten Häufens in Berlin. Dieser kam mit Stricken und Beilen, um sie zu Abstimmungen gegen ihre Meinung durch Drohungen und Mißhandlungen zu zwingen. War da ihr Wille noch frei, konnte da die wahre Meinung des Landes noch durch die Abstimmungen der gewählten Vertreter ermittelt werden? Nein, das war unmöglich! Deshalb mußte die Versammlung von der Regierung gegen jeden Zwang geschützt werden. Auch der Versuch wurde gemacht und die Versammlung nach Brandenburg berufen. Nur ein Theil folgte diesem Rufe, ein anderer blieb in Berlin, erklärte die Minister für Hochverräter, und beschloß, daß das Volk die Steuern verweigern sollte. Das kam ihr wieder nicht zu, ja sie stellte sich dadurch über den König. Der Beschluß war ungesetzlich, denn die einmal bewilligten Steuern müssen fortbezahlt werden, bis sie durch ein Gesetz, also durch die Vertreter des Volks und den König gemeinschaftlich aufgehoben werden. Dieser Beschluß hätte in der Ausführung das Land in endlosen Jammer gestürzt. Alle Geschäfte wären in Stocken gerathen, der Credit vernichtet, die Ordnung und das Gesetz aufgehoben, und Gewalt an die Stelle des Rechts getreten.